



AUF EINEN BLICK EU, EUROPA UND DIE GANZE WELT

EU exportiert immer mehr Abfall in Drittstaaten: Der Export von Abfällen aus der EU nimmt beständig zu, zeigt ein Bericht der EU-Umweltagentur EEA. So verachtete sich etwa der Export von Eisenschrott aus der EU von 1999 bis 2011. Während die Menge an gefährlichen Abfällen in der EU zwischen 2000 und 2009 um 28 Prozent stieg, wuchs der Export um 131 Prozent – die Abfallbehandlung wird also ins Ausland verlagert. Ein besonders heikles Thema spricht der Bericht direkt an: große Mengen an gefährlichen Abfällen und Elektro- und Elektronikschrott werden illegal in Entwicklungsländer in Afrika und Asien verschifft, zumeist falsch als „gebrauchte Güter“ deklariert. In der Folge werden die Abfälle dort ohne jegliche Schutzvorrichtungen für Menschen und Umwelt verwertet.

EU-Kommission will Autosektor subventionieren: Die EU-Kommission will dem kränkelnden Autosektor unter die Arme greifen, unter anderem mit Subventionen und Forschungsprogrammen. Sie strebt an, dass bis

2020 der Anteil der Autoindustrie am BIP 20 Prozent betragen soll, derzeit sind es 16 Prozent. Umwelt-NGOs kritisieren, dass die geplante Unterstützung zu wenig an Emissionsreduktionen gekoppelt sei und dass insbesondere im LKW-Bereich keine Fortschritte bei der Effizienz der Fahrzeuge angestrebt würden.

Preisstützung für ETS-Zertifikate: Während die EU-Kommission im Jahr 2008 von einem Preis der CO₂-Zertifikate im Emissionshandel von etwa 30 Euro ausging, liegt er derzeit bei etwa acht Euro, da in Folge der Wirtschaftskrise ein Überschuss an Zertifikaten am Markt ist. Dieser Preis stellt kein ausreichendes Signal für Investitionen in CO₂-sparende Technologien dar. Daher hat die Kommission vorgeschlagen, 900 Millionen Zertifikate nicht wie vorgesehen bis 2015, sondern erst ab 2019 zu versteigern. Das ist knapp die Hälfte der pro Jahr EU-weit erforderlichen Zertifikate des Emissions Trading System (ETS). Durch diese Verknappung soll der Preis zu Beginn der dritten Handelsperiode ab 2013 steigen. **CS**

Überseegebiete auch ein Land mit großem Küstengebiet vertritt, will sich außerdem für den Schutz der Meere einsetzen. Im Landwirtschaftsbereich will er neue umweltfreundliche Agrarmethoden vorantreiben, die den Einsatz von Pestiziden und die Verschwendung von Wasser begrenzen. Damit die Pläne auch alle umgesetzt werden, hat Hollande außerdem angekündigt, dass es jedes Jahr eine Konferenz in Paris geben wird, wo über die Fortschritte Frankreichs im Umweltbereich berichtet wird. **SH**

ECO-DRIVING EU-VORGABEN IN KRAFT

Unnötig hohe Drehzahlen und geringer Reifenluftdruck kosten Treibstoff und schaden der Umwelt (Abgase, Lärm).

Deshalb müssen seit 1. November 2012 alle neu in der EU typisierten PKW (Klasse M1 bis 2160 kg) verpflichtend mit einer Gangwechsellanze und einem Reifendruckkontrollsystem ausgestattet



sein. Hinzugekommen ist eine Auszeichnungspflicht für Reifen bei Rollwiderstand, Nassbremsen und Abrollgeräusch sowie bei neu in der EU typi-

sierten Reifen-Modellen sogar Grenzwerte dafür. Die „elektronischen Helfer“ erinnern auf einem kleinen Display mit Piktogrammen (z.B. Leuchtpfeil), wann der nächsthöhere Gang eingelegt oder der Luftdruck in den Reifen kontrolliert werden soll. Laut Schätzungen der EU-Kommission soll das Einsparpotenzial durch die Gangwechsellanze bei sechs und mit Reifendruck-Kontrollsystem bei vier Prozent liegen. Obwohl beide Features in größeren PKW-Modellen häufig zur Serienausstattung gehören, muss nun auch das Klein- und Mittelklasse-Segment nachziehen. **FG**

AGROSPRIT ABSCHIED VON E10

Landwirtschaftsminister Berlakovich hatte lange an einer Einführung von E10 festgehalten, nun hat er den Plan aufgegeben.

E10 ist Benzin, dem zehn Prozent Ethanol beigemischt sind, das aus Getreide hergestellt wird. Kritisiert wird es unter anderem, da die zusätzliche Nachfrage nach Weizen und Mais die Getreidepreise in die Höhe treibt und weil Wälder gerodet werden, um die nötigen Anbauflächen zu schaffen. Die EU-Kommission reagierte endlich auf diese Kritik mit einem Vorschlag für eine Änderung der EU-Biokraftstoffpolitik: Die auf Getreide beruhenden Biokraftstoffe sollten auf fünf Prozent beschränkt bleiben, darüber hinaus gehende Mengen an Biodiesel oder -ethanol sollen Biokraftstoffe der

NÖ: Lebensmittel im Müll

Allein in Niederösterreich landen 30 kg Lebensmittel pro Person und Jahr im Müll. Mit einer fachgerechten Lagerung und bewusstem Kaufverhalten könnte man diese Menge deutlich reduzieren und bis zu 300 Euro pro Person im Jahr einsparen. www.enu.at